

# Hermannstädter Zeitung

## vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

**Erscheinung**  
mit Ausnahme des  
Sonntags täglich.  
Kostet für das halbe Jahr  
5 fl., das Vierteljahr 2 fl.  
50 kr., ein Monat 85 kr.  
Mit Zulassung in's  
Haus 1 fl.  
Mit  
**Postverendung:**  
Im Inland:  
halbjährig 7 fl. viertel-  
jährig 4 fl. 50 kr. 3. B. B.  
Im Ausland:  
vierteljährig 4 fl. 50 kr.  
Redakteur und Eigen-  
thümer  
Th. Steinhausen.

**Inserate**  
aller Art werden in der  
Steinhausen'schen Buch-  
druckerei angenommen; für  
Post befördert dieselben Leop.  
Lang, Intern. Annoncen-  
Expeditio, Dorotheengasse  
9; für Wien die Annon-  
cenbureau: A. Oppelik,  
Wollzeile 22, Haasenstein  
& Vogler, Reuter Markt 11,  
Rudolf Mosse, eiler-  
straße 2; für Au Land  
Haasenstein & Vogler in  
Berlin, Hamburg, Stutt-  
gart a. M., Basel und Paris.  
Der Raum einer einpal-  
tigen Annoncenzeile kostet  
beim erstenmaligen Einsetzen  
7 kr., das 2. Mal 6 kr., das  
3. Mal 5 kr. 5. B. B. erd. der  
Stempelgebühr a 30 kr.

**Abonnements-Preise:** In Mediasch bei Joh. Hedrich Erben; in Schäßburg bei C. J. Habersang's Buchhandlung (C. F. Erler); in Szeged bei Herrn J. C. Rinn, Kaufmann; in Gross bei Herrn J. F. Leonard, Kaufmann; in Mählbach bei Herrn J. Leonard, Kaufmann; in Maros-Vasarhely bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herrn C. Schell, Lehrer; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Leidner, Buchhändler; wofür die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

**Nr. 88. Hermannstadt, Freitag am 12. April. 1872.**

### Telegramm

der  
„Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“  
**West, 11. April.** Michael Kemény interpellirte in heutiger Sitzung des Abgeordnetenhauses, warum die Ostbahn die Eröffnungstage nicht einhalte und ob im Ausbau Schwierigkeiten begründet seien.  
Die Statuten der Albina wurden bestätigt.  
Fellenbaum's Antrag, die Strafprozessnovelle auf Siebenbürgen nicht auszudehnen, wurde in der Schlussitzung des Fünftehner-Ausschusses angenommen.

### Amtliches.

(Zu offizielle Ernennungen) Zu Gerichtsexekutoren wurden ernannt im Sprengel des Karlsburger Gerichtshofes: Mik. Szabó und Karl Baranyay beim Gerichtshof, Stefan Szabó und Karl Balogh beim Karlsburger Bezirksgericht, Sof. Molnár beim Broosler und Karl Székely beim Algyógyer Bezirksgericht.  
(Ernennungen.) Im Justizministerium wurden Dr. Stefan Kiss und Stefan Kovács zu Konzeptschreibern ernannt. Der Unterrichtsminister hat den Elementarlehrer Theob. Petri für provisorisch zum Altar beim Schulentzweck der Komitate Kratina und Mitterteich ernannt. Vom Handelsminister wurde der peni. Kovács Kub. Duffel zum Rechnungsoffizial bei der Agrarminister Direktion ernannt. Die Preßburger Finanzdirektion ernannte Stefan Kiss-Mituschka zum Rechnungsrevisor und Michael Thury zum beim Finanzministeramt zu Assistenten 7. Klasse.  
Das k. ung. Ministerium für Ackerbau, Gewerbe und Handel hat in Folge des Gesuchs der im Mediascher Stuhle gelegenen Gemeinde Klein-Kopisch gestattet, daß dort wöchentlich am Sonnabend mit Viehmärkten verbundene Wochenmärkte, vorderhand jedoch ohne Standgeld-Einhebungs-Recht abgehalten werden dürfen.

### Politische Uebersicht.

Wien, 9. April.  
Der „Volkfreund“ schreibt: In demselben Augenblicke, wo offizielle bayerische Blätter die Gerüchte von einer bevorstehenden Verlobung des Königs von Bayern mit einer preussischen Prinzessin dementiren, bringt die „Wiener Zeitung“ den Wäldern Oesterreichs die erfreuliche Kunde von einem neuen Familienbündnis zwischen dem österreichischen Kaiserhause und der bayerischen Königsfamilie. Die „Wiener Ztg.“ meldet nämlich:  
„Mit allerhöchster Zustimmung Sr. k. und k. apostolischen Majestät haben Ihre kaiserliche Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Gisela sich am 7. d. M. mit Sr. königl. Hoheit dem durchlauchtigsten Prinzen Leopold von Bayern im königl. Schlosse zu Ofen verlobt.“  
Diese Verbindung, welche binnen Jahresfrist realisiert werden soll, ist hoch erfreulich für unser katholisches, wie für unser dynastisches und österreichisches Gefühl. Als Katholiken freuen wir uns der Verbindung des kaiserlichen Hauses mit dem Sohn eines so eminent katholischen fürstlichen Hauses, wie das des Prinzen Luitpold von Bayern, dessen zweitgeborener Sohn Prinz Leopold Maximilian von Bayern, geboren zu München am 9. Februar 1846, ist, während seine jugendliche Braut, das holde Kaiserkind, geboren am 12. Juli 1856, in drei Monaten das 16. Lebensjahr vollendet, also in demselben Alter zum Traualtar treten wird, in welchem auch ihre erhabene kaiserliche Mutter das Band der Ehe mit dem Kaiser Franz Joseph schloß. Mögen in dieser Verbindung die katholischen Traditionen der beiden Herrscherhäuser und der beiden Reiche Oesterreich und Bayern wieder aufleben: das ist der Wunsch, den wir als Katholiken dem neuen Bündnis entgegenbringen; möge des Himmels reichlicher Segen für

Zeit und Ewigkeit die Verlobten seinerzeit zum Traualtar und durchs Leben geleiten: das ist unser Glückwunsch als treue Unterthanen des Kaisers; mögen die Familienbände, welche zwischen Oesterreich und Bayern bereits bestehen, und nun durch ein neues Band vermischt werden sollen, auch die politischen Bande zwischen beiden Reichen immer enger knüpfen: das wünschen wir als gute Oesterreicher.  
Der hohe Brautgarnitur tritt übrigens nicht erst durch sein Bündnis mit der Erzherzogin Gisela in Verwandtschaft mit dem österreichischen Kaiserhause. Es ist ihm schon durch seine Mutter, die Prinzessin Auguste, Erzherzogin von Oesterreich-Toscana verwandt, und die Kaiserin Carolina Augusta, der in ihrem ehelichen Alter noch die Freude vergönnt ward, dieses neue Familienband zwischen den Häusern Habsburg und Wittelsbach zu erleben, ist seine Großtante.  
Die Verlobung ist in Ofen gefeiert worden, unter dem Schutze der Patrona Hungariae, welche auch die Patrona Bavariae ist. Quod felix faustumque sit!  
— Wenn man bedenkt, mit welcher Bestimmtheit der preussischen Regierung nachträglich seit längerer Zeit von der Verlobung des tapfern bayerischen Prinzen mit einer Tochter des preussischen Erbprinzen von Preußen redeten, wird man dieser Verlobung nicht jegliche politische Bedeutung abprechen dürfen. Die Zeiten sind zwar nicht mehr dergestalt, daß fürstliche Heirathen die Geschicke der Völker bestimmen, aber in Monarchien werden die Familienbeziehungen des Herrscherhauses nie ganz ohne Einfluß auf die Entschlüsse des Fürsten sein. Da die Familie des Prinzen Luitpold nur mit dem Hause Habsburg verwandt ist — Prinz Ludwig, der ältere Bruder des Prinzen Leopold, ist mit Erzherzogin Maria Theresia, der Tochter der Erzherzogin Gisela, vermählt — hatte man in Berlin offenbar ein Interesse daran, dem „habsburgischen Einfluß“ durch eine Verbindung mit den Hohenzollern ein Gegengewicht zu schaffen. Man legte hierauf um so größeres Gewicht, als es mehr denn wahrscheinlich ist, daß die Linie Luitpold zur Thronfolge in Bayern berufen sein wird. Ludwig II. hat wiederholt seine Abneigung gegen die Schließung einer Ehe ausgesprochen, während die Auflösung des Prinzen Otto, des jüngeren Bruders von Ludwig II., allgemein nur noch als eine Frage der Zeit angesehen wird. Indessen lassen wir für heute die politischen Betrachtungen dieses für unser Kaiserhaus erfreulichen Ereignisses! Wünschen wir der Erzherzogin Gisela alles Glück zu ihrem Verlobten! Kein menschlich betrachtet, konnte die älteste Tochter unseres Monarchen kaum eine bessere Wahl treffen. Prinz Leopold hat von seiner verstorbenen Mutter eine strenge, fast bürgerliche Erziehung genossen. Nie ist weder gegen ihn noch gegen seine Geschwister das Gerücht verlaunt, was auf ihren Privatcharakter den leisesten Schatten werfen könnte.  
Politisch wurde der Name des Prinzen zum ersten Male im Winter 1869/70 genannt, wo er im bayerischen Reichsrath mit seinem Vater und Bruder dem Mistransensvotum gegen das Ministerium Hohenzollern zustimmte. Diese oppositionelle Haltung nahm Ludwig II. seinen Vetteren so übel, daß er sie von dem Besuche des königlichen Hofes entband. Die Mißstimmung des Königs war noch nicht geschwunden, als der Krieg von 1870 ausbrach. Während sich Prinz Luitpold dem Hauptquartier des Kronprinzen von Preußen anschloß, nahmen seine beiden jüngeren Söhne als Offiziere der Armee in dem Lann'schen Korps am Feldzuge Theil. Prinz Luitpold, der 17jährige Bruder Leopold marschirte als Unterlieutenant in einem Infanterieregimente zu Fuß von München aus, und machte in derselben Eigenschaft die Schlacht bei Wörth, wo er sich beim Stürmen der Höhe den Fuß verstauchte, mit. Prinz Leopold dagegen rückte als Hauptmann und Batterieführer in's Feld. Er war einer der beliebtesten Offiziere der Armee. Im Gegensatze zu den meisten prinziplichen und fürstlichen Schlachtenbühnern, nahm Prinz Leopold an allen Strapazen und

Gefahren des Krieges Theil. Den übrigen Offizieren gegenüber zeigte er sich stets als lebenswüthiger, zuvorkommender Kamerad. Nie ließ er den Prinzen hervortreten.  
In den Schlachten von Wörth und Sedan zeichnete sich Prinz Leopold durch Muth und Kaltblütigkeit aus. Nach Sedan wurde das Lann'sche Korps bekanntlich nach kurzem Aufenthalte in die Gegend von Fontainebleau gegen die Loire entsendet. An dem der Eroberung von Orléans vorhergehenden Treffen bei Arcenay nahm die vom Prinzen commandirte Batterie rühmlichen Antheil. Der Eroberung von Orléans folgte am 9. November die unglückliche, aber für die Bayern nichtbedauerliche ebene Schlacht bei Coulmiers. Die Batterie des Prinzen war eine der letzten, die das Schlachtfeld räumte.  
Zu den Kreuz- und Querzügen der großherzoglich medlenburgischen Armee, der das Lann'sche Korps bekanntlich eingegliedert wurde, trat die ganze Lebenswürdigkeit des prinziplichen Charakters hervor. Wie oft gab es da schlechtes oder gar kein Quartier. Nie eob der Prinz den Anspruch auf eine Bevorzugung; im Gegentheil war er stets zuerst darauf bedacht, für seinen Major das Beste anzurichten. „Alles Demonstriren“, schreibt ein Teilnehmer des Feldzuges, half nicht. Der Prinz litt nicht, daß der Major ihm zuerke auf etwas vergahe. Er war sich, alle Einwendungen abzuweisen, in seinen Mantel gehüllt, auf's Strohh und rief seinem Major zu: „Sören Sie mich nicht, lieber Grammitz, ich liege trefflich!“ und in der That bauerte es nur wenige Minuten, so vertieften kräftige Athemzüge, daß dem Prinzen das Streichlager dieselben Dienste wie das beste Springsbett leistete.“  
Am 30. November hatte die großherzogliche Armee ihre Kreuz- und Querzüge vollendet. Tags darauf machte die Loire-Armee von Loigny aus den Versuch, die Reihen der Bayern zu durchbrechen. Die Infanterie mußte zurückweichen, aber das energische Eingreifen der bayerischen Artillerie entziff den Franzosen den schon sichern Sieg. Prinz Leopold's Batterie that ihre Schuldigkeit wie keine zweite. Sein verehrter Major ward schwer verwundet; der Prinz übernahm an seiner Stelle das Commando, als auch ihn eine Kugel in den Arm traf. Glücklicherweise war es jedoch nur eine Fleischwunde und Prinz Leopold ließ sich, nachdem konstatirt, daß kein Knochen verletzt, nicht abhalten, weiter an der Schlacht theilzunehmen.  
Am 2. Dezember entspann sich der Kampf auf's Neue, blutiger noch als am Tage zuvor. Den Arm in der Wunde, war Prinz Leopold auf dem Plage. Ruhig und sicher commandirte er. Der Ausgang der Schlacht vom 2. entschied das Schicksal von Orléans. Aber noch zwei Tage ward gekämpft, bis sich die Stadt der Jungfrau abermals den Deutschen ergab. Noch in der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember zog General von der Tann mit seinen Tapfern Schützen in Orléans ein.  
Die Nachricht von der Tapferkeit seines Veters ließ König Ludwig seinen Groll vergessen. Telegraphisch ernannte er den Prinzen zum Major. Der Einnahme von Orléans folgte die blutige viertägige Schlacht bei Beaugency, in der das Lann'sche Korps fast ausgerieben wurde. Es war die letzte Waffenthat, an der Prinz Leopold Antheil nahm. Rein deutscher Prinz von allen, die in Frankreich waren, erkreute sich so der abgemessenen Liebe der Truppen, wie der Verlobte der Erzherzogin Gisela.  
Wir haben der Theilnahme des Prinzen am deutschen Kriege so ausführlich und eingehend gedacht, einmal, weil wir voraussetzen, daß es unsere Leser interessieren wird, ein Charakterbild des Mannes zu erhalten, der berufen ist, die älteste Tochter des Kaisers heimzuführen, dann aber auch, weil uns dieser hervorragende und rühmliche Antheil des Prinzen an den deutschen Waffenthaten eine Bürgschaft scheint des deutschen Sinnes, der ihn befeht. Prinz Leopold's Blut floß für die Sache Deutschlands, das sei uns ein Zeichen, daß er nimmer seine geistige Kraft den Feinden Deutschlands leihen wird.

### Genilleton.

#### Prozeß Cibán.

(Fortsetzung.)  
Wien, 2. April.  
Heute begann, wie schon berichtet, vor dem hiesigen Landes- als Strafgericht die Schlussverhandlung in dem Prozeß Cibán.  
Die Hauptperson desselben, Heinrich Peter, ist ein schlank und kräftig gebauter Mann, dessen Gesichtszüge gerade keine hervorragende Intelligenz bekunden. Nicht, daß er stupid oder roh aussehe, aber es gibt gewisse feine Nuancen in der Physiognomie, welche einem Menschen den Stempel der Intelligenz ausstrahlen, und diese fehlen dem Angeklagten; das werde, von starkem, blondem graugemischtem Vollbart umrahmte Gesicht verräth eine gewisse Gutmüthigkeit. Will man sonst aus den einfachen Zügen noch ein Detail herauslesen, so wäre es, daß Cibán den Eindruck eines jedenfalls vielerfahrenen Menschen macht, dessen geistige Fähigkeiten jedoch nicht gar zu hervorragende sein mögen. Nimmt man noch dazu das incorrecte, mit Anglicismen gemischte Amerikanisch-Deutsch, das Peter spricht, und seine linksischen Manieren, dann kann man nicht umhin, die Wahl, welche „gute“ Kreise in diesem Gesellschaftler getroffen, zu bewundern.  
Dem Gerichtshofe präsidirt Landesgerichtsrath Schwaiger, die Anklage vertritt Staatsanwalts-Substitut Graf Lamézan, die Vertbeidigung Dr. Neubauer.  
Der Präsident befragte den Angeklagten um seinen Namen. „Velen Cibán“, war die Antwort.  
Präsident: So nennen Sie sich, aber Sie heißen Heinrich Peter?  
— Angekl. (widerstrebend): Ja.  
Präsident: Sie sind zu Wien im Jahre 1827, Pfarre Margarethen, geboren, also 45 Jahre alt, seit 1852 mit Mathilde Hauff verheiratet und Vater einer Tochter? — Angekl.: Richtig.

Präsident: Vor Gericht hatten Sie noch keinen Anstand? — Angekl.: Nie.  
Der Schriftführer verliest hierauf den Anklagebeschluss und der Staatsanwalt die Anklageschrift, welche unseren Lesern bereits bekannt sind.  
Der Präsident verliest nun die Aussage des Josef Peter, Bruders des Angeklagten. Dieser bestätigt obige Behauptung des Präsidenten, daß die Familie von Heinrich, seit er auf Wanderschaft ging, nichts mehr erfuhr, außer einer einzigen Begegnung in Basel, nachdem Heinrich Peter den badiischen Feldzug mitgemacht. Der Bruder hält Heinrich für einen „Industrietrichter“.  
Präsident: Wohin gingen Sie nach dem badiischen Feldzug? — Angekl.: Nach Paris.  
Präsident: Sie wollen Studien gemacht, sich eine bedeutende Bildung verschafft haben und besitzen nicht ein Beweisdocument dafür? — Angekl.: Ich war zwei Jahre Mitarbeiter der „Allg. Allg. Allg.“, des Journals „Ueber Land und Meer“, der „Kundener deutschen Zeitung“, des „New-York Herald“, habe auch Novellen verfaßt, und man will mir meine Bildung abprechen. (Mit Emphase und Erregung) Ueber meine Bildung, über meine literarischen Ruf können Sie, meine Herren, die ersten Verleger von Paris und Stuttgart befragen.  
Präsident: Es liegen uns allerdings einige Arbeiten von Ihnen vor; dieselben strengen aber von grammatischen und orthographischen Fehlern und sind auch nicht sehr gut. — Angekl.: Allerdings, das mag sein, meine Herren; das ist eine Arbeit, die ich zu meiner Zeitstimmung im Kerker machte; es ist nicht einzel, wo man arbeitet, ich lege auf solche Kleinigkeiten überhaupt wenig Werth; ich liefere das Material; das andere ist Sache des Verlegers.  
Heinrich Peter fährt nun zu erzählen fort. Er will zwischen 1850 bis 1852 von Paris aus Deutschland, Italien, England bereist haben. Auf dieser Reise, in Köln, lernte er Mathilde Hauff, seine derzeitige Gattin und Mutter einer fünfzehnjährigen Tochter von ihm, kennen. Nun fängt der Angekl. zu extemporiren an, wie er immer, wenn er länger und von seinen Leistungen spricht, zu thun pflegt. Er redet sich in eine

Art Eifer hinein, als ob er selbst das gelaube, was er behauptet, z. B.: „Ja, in Amerika, wohin ich mich mit meiner Gemalin begab, wenn Sie wüßten, meine Herren, was ich da geleistet habe. Ich wurde Schmiedegeselle, baute Eisenbahnen, man verwendete mich als Architect und Ingenieur; war Professor einer Militärschule.“  
Präsident: Sehr schön, wir können alles das ebenjowenig widerlegen, wie Sie es beweisen können. Ihre Frau scheint sehr gebildet zu sein; sie brachte sich Anfangs durch Privatunterricht fort und erhielt sich und ihre Tochter gegenwärtig von ihrer schriftstellerischen Thätigkeit. — Angekl. (sich in die Brust werfend): Das ist so.  
Präsident: Bleiben Sie dabei, daß Sie amerikanischer Oberst sind? — Angekl.: Unbedingt, ja.  
Präsident: Es ist doch sonderbar, daß sich unter Ihren Papieren auch nicht ein Document findet, welches auch nur im Entferntesten diese Ihre Behauptung beglaubigt; oder erhalten Officiere in Amerika keine Patente? — Angekl.: Unbedingt erhalten sie diese; ich habe darauf nicht jenen Werth gelegt, weil ich unmöglich voraussehen konnte, daß ich einmal davon zu meiner Legitimierung werde Gebrauch machen müssen; ich bin amerikanischer Bürger und in Amerika kennt man mich, kennt und anerkennt man meine Leistungen, meinen schöpferischen Geist und die Schärfe meiner Feder. Ja, mögen die Herren vom Gerichtshofe immerhin lächeln, in Amerika ist mein Name von einer Bedeutung, die es mir ermöglichte, bei der letzten Wahl, einen Präsidentencandidaten zu machen.“ (Angeklagter will damit ausdrücken, daß es seinem Einflusse gelungen sei, daß ein von ihm protegirter Candidat wirklich candidirt worden sei.)  
Präsident: Das ist nicht konstatiert aus einem, von Etteán in französischer Sprache verfaßten, den Acten angeschlossenen Brief, daß jener der gedachten Sprache nur in sehr geringem Grade mächtig sei. — Angekl. (verlegen): Ich habe dem Untersuchungsrichter diesen Brief deutsch dictirt.  
Präsident: Das ist unwar; Sie haben diese Zeilen über Begehren selbst niedergeschrieben. — Angekl.: Wenn das richtig wäre, so hätte ich mich höchstens zu sehr beeilt; ich war froh, daß ich wieder fortkomme.  
Präsident: Sie machen auch Ansprüche auf eine bedeutende Kenntniß

Der deutsche Reichstag ist gestern mit einer Thronrede eröffnet worden, aber nicht vom König Wilhelm in Person, dessen Gesundheitszustand viel zu wünschen übrig lassen soll, sondern vom Reichskanzler Fürsten Bismarck. Die Thronrede ist die Hauptache nach rein geschäftlicher Natur. Sie führt die Vorlagen auf, welche dem Reichstag zur Regelung und Ausbildung der gemeinschaftlichen Einrichtungen des Reiches gemacht werden sollen.

Die Nordd. Allg. Ztg. bemerkt mit Entschiedenheit die Nachsicht der „Frankfurter Ztg.“, die vorzeitige Rückkehr des Fürsten Bismarck stehe in Verbindung mit der üblen Lage der Dinge in Rumänien.

Wie von wohlunterrichteter Seite aus Berlin berichtet wird, ist der ehemalige französische Finanzminister dort angemeldet. Er soll detaillierte Vorschläge in Betreff einer beschleunigten Abtragung der Kriegsschuld überbringen, und ausgedehnte Vollmachten erhalten haben. Für Bismarck wird angeflüstert dieser wichtigen Verhandlungen Berlin nicht wieder verlassen.

Was die französischen Ultramontanen mit ihrer Petition für Herbeiführung des Kirchenstaates im Schilde führen, wird in der Zukunft unumwunden ausgesprochen, welche das „Univerſ“ aus dem Glosse veröffentlicht. Darin heißt es: „Das Begräbniß der katholischen Petitionen ist das Begräbniß unserer letzten Hoffnung. Wenn man den Vater der Familie im Glosse läßt, was können dann wir hoffen? Ha, die Unpopulanten! Wir haben im Glosse jährlich die Petition unterzeichnet, welche wir als den Anfang einer großen Genugthuung für den heiligen Vater und zugleich als den ersten Schritt zu unserer Rückkehr in das verlorene Vaterland betrachteten. Der Tag ist nicht mehr fern, wo die Gewalt uns aus unserem theuren Glosse vertreiben wird, denn wir wollen um jeden Preis Franzosen bleiben. Und wenn wir um eines politischen Glaubens willen und zum Eitel entschließen, so schon wir jetzt Frankreich, für das wir Alles opfern, sich weigern, sich mit dem ersten unserer Interessen wie seinem eigenen zu beschäftigen. Ist das gläublich? Die Apostasie der offiziellen Welt ist also vollständig.“ Die Verfasser des Briefes, deren Unterschriften das „Univerſ“, weil sie aus dem Glosse kommen, nicht mittheilen will, protestiren „vor Himmel und Erde und zu den Füßen des geliebten Vaters“ gegen diejenigen, die ihm so oft den Eid der Treue geschworen haben.

Einer Pariser Depesche des „Daily Telegraph“ zufolge hat Herr Thiers ein Schreiben an die Königin von England geschickt, worin er ihr in der Erwartung, daß Ihre Majestät auf ihrer Rückreise von Baden nach England drei oder vier Tage in Paris bleiben werde, den episcopalen Palast zur Verfügung stellt. Die Königin trifft wahrscheinlich Montag in Paris ein.

Der römische „Fanfulla“ bringt unterm 2. April folgende „Neuere Nachrichten“, für deren Richtigkeit das Blatt selbst einstehen mag: „Vom Vatican sind in den vorliegenden Tagen vertrauliche Schreiben abgegangen, deren Inhalt gegen Ende des Jahres festgesetzt wurde. Die Schreiben enthalten die Anweisung an die Bischöfe, Vorträge zu treffen, daß ihre Diözesen, falls sie dieselben verlassen sollten, in sicheren Händen bleiben. Man erklärt sich diese Maßregel dahin, daß die Kirche sich die Möglichkeit offen halten wolle, die Bischöfe jeden Augenblick zur Fortsetzung des vatikanischen Konzils zusammenzurufen. Aber Niemandem ist es bis jetzt gelungen, zu entdecken, ob die Fortsetzung in Rom oder sonstwo stattfinden soll.“

Deutsche Thronrede.

Berlin, 8. April.

Der Reichstag wurde mit folgender Thronrede eröffnet: „Gedehre Herren! Ihre Thätigkeit wird in der bevorstehenden Session in erster Linie durch die Fortführung der im Vorjahre begonnenen gesetzlichen Regelung und Ausbildung der gemeinschaftlichen Einrichtungen des Reiches in Anspruch genommen werden. Durch ein Gesetz über die Einrichtung und die Befugnisse des Rechnungshofes soll die Kontrolle der Erhebung und der Verwendung der Einnahmen des Reiches definitio geordnet und die Behörde, welche mit der Handhabung dieser Kontrolle, sowie mit der Vorbereitung der durch den Bundesrat und den Reichstag auszusprechenden Entschlüsse zu betrauen ist, mit den dazu erforderlichen Befugnissen ausgestattet werden. Der Entwurf eines Militärstrafgesetzbuches für das deutsche Reich wird Ihnen vorgelegt werden, um die Einheitslichkeit der Heereseinrichtungen auf dem Gebiete des Strafrechts zum Abschluß zu bringen und der bereits gewonnenen Einheit des Strafrechts für das bürgerliche Leben, den vom Reichstage geäußerten Wünschen entsprechend, als Ergänzung hinzuzusetzen. Der Entwurf eines zur Regelung der Verhältnisse der Reichsbeamten bestimmten Gesetzes, welcher dem Reichstage bereits vorgelegen hat, ist unter Beachtung des Gutachtens der Kommission des Reichstages und der inzwischen eingetretenen politischen Veränderungen einer neuen Prüfung unterzogen worden und wird in der das nach veränderten Inhalt Ihrer Beschlußfassung unterbreitet werden. Die einheitliche Regelung der Oberbehörden innerhalb der Gebiete, welchen die Abgabe von Bier gemeinschaftlich ist, hat Ihre Thätigkeit schon mehrfach in Anspruch genommen, ohne daß es bis dahin gelungen wäre, die dieselben entzweigenden Schwierigkeiten zu überwinden. Eine Ihnen zugehende Gesetzesvorlage wegen Erhebung der Brausteuer im deutschen Reich hat den Zweck, die Aufgabe zu lösen und zugleich durch Mitbestimmung der Malzsteuer eine dem Interesse der Finanzen sowohl wie des Verbrauchers entsprechende Reform der Brausteuer durchzuführen.“

Die erfreuliche Steigerung des Verkehrs und Verbrauches hat die

der englischen Sprache. Der Dolmetsch, der mit Ihnen sprach — nebenbei bemerkt, ein Mann, der vor englischen Gerichtshöfen plaidierte, — sagt, daß Sie der englischen Sprache nur in geringem Grade mächtig sind und das sogen. Deutsch-Englisch sprechen. — Angl. e. l.: Wenn es der Mann sagt, der mit mir englisch gesprochen hat, so kann ich nur behaupten, daß das, was er von meiner Aussprache sagt, auf seine paßt. (Der Angeklagte sucht diese Behauptung in heftiger Weise zu begründen.)

Präsident: Ich bitte nun endlich zur Sache zu kommen und sich kurz zu fassen; und interessiert es nicht, Ihre unbeweisbaren Erzählungen zu hören, sondern zu erfahren, ob das, was die Untersuchung lehrt und die Anklage behauptet, begründet sei oder nicht. Was waren und wo befanden Sie sich im Jahre 1864? — Angl. e. l.: Ich war damals Ingenieur bei einer Eisenbahnunternehmung. 1865 ging ich nach Mexiko; ich hatte ein Empfehlungsschreiben des Grafen Thun-Hohenstein an den Generalconsul Loosley. Ich war damals Mitarbeiter des „New-York Herald“, d. h. eines Blattes, dessen Stimme nicht nur von den politischen und diplomatischen Agenten beachtet wird, sondern sogar dem Senate in Washington maßgebend ist. Loosley besuchte mich persönlich in meiner Wohnung, machte mich an meine Abstammung von Oesterreich, appellirte an mein Pflichtgefühl gegenüber der Habsburgischen Dynastie und bat mich um meine Verwendung zu Gunsten des mexicanischen Kaiserreichs. Ich ging also nach Mexiko, wurde vom Grafen Karl Bombelles, dem mich Loosley empfohlen hatte, empfangen, mit dem ich meine Pläne beriet, und der mir ein Schreiben Sr. Majestät des Kaisers Max in Aussicht stellte. Wirklich ließ mir der Kaiser durch Minister Castillo eine Audienz anbieten. Sr. Majestät empfing mich mit seiner ganzen Liebesswürdigkeit; er titulirte mich nicht Oberst, sondern „lieber Landemann“ redete er mich an.

Präsident: Kommen wir zur Sache; Sie scheinen sich dem Kaiser als Ungar vorgestellt zu haben, denn er soll Sie ja mit den Worten: „Ihr Ungarn seid halt doch immer ein ritterliches Volk“ angeredet haben. — Angl. e. l. (stolz): So ist es.

(Fortsetzung folgt.)

Möglichkeit geboten, in dem Ihnen vorgulagenden Reichshaushalt-Gesetz für das Jahr 1873 die Einnahme aus den gemeinschaftlichen Verbrauchsgeldern und die Ueberschüsse der Postverwaltung unter Beachtung der mehreren Grundzüge vorstehender Veranschlagung höher auszubringen, so daß trotz des in verschiedenen Zweigen der Ausgabeverwaltung hervorgetretenen Mehrbedarfes eine Verminderung der Materialbeiträge in Aussicht zu nehmen ist. Ein Nachtrag zum Reichshaushalt-Gesetz für das Jahr 1872 ist bestimmt, neben der Befriedigung einiger anderer nachträglich hervorgetretener Bedürfnisse die Mittel für Begründung eines statistischen Amtes aufzubringen, welches im Stande sein wird, durch einheitliche wissenschaftliche Bearbeitung der Ergebnisse statistischer Erhebungen im Reiche der Gesetzgebung und Verwaltung, sowie der wissenschaftlichen Erkenntnis der staatlichen und gesellschaftlichen Zustände wesentliche Dienste zu leisten. Die Verwaltung des Jahres 1871 hat erhebliche finanzielle Ueberschüsse: sowohl bei den Steuern als auch bei der Postverwaltung ergeben. Ueber die Verwendung derselben wird Ihnen ebenso wie über die gesetzliche Regelung der Verwendung und Vertheilung der französischen Kriegsgeldschüsse eine Vorlage zugehen. Ueber die durch den Krieg mit Frankreich veranlassenden Ausgaben der Staaten des normalen norddeutschen Bundes wird Ihnen, den Bestimmungen der in den Jahren 1870 und 1871 erlassenen Creditgesetze entsprechend, ein Rechnungsfahrbericht erstattet werden.

Die mit der Regierung des Königreichs Portugal seit Jahren gepflogenen Verhandlungen haben am 2. März d. J. zum Abschluß eines Vertrages geführt, welcher nach dem Vorbilde der mit anderen Staaten abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsverträge die gegenseitigen Verkehrsbeziehungen auf dem Fuße der wechselseitigen Nationen regelt, und wie zu hoffen, die Grundlage für die Anknüpfungen intimer und ausgedehnter Handelsverbindungen zwischen Deutschland und Portugal bilden wird. Der Vertrag wird Ihnen zur Genehmigung vorgelegt werden. Ebenso eine mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossene Konvention und ein mit Frankreich abgeschlossener Postvertrag, welcher die gegenseitigen postähnlichen Beziehungen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des in freiem Wachsthum begriffenen Correspondenzverkehrs regelt.

Die Neuordnung und Befestigung der Verhältnisse von Eisenbahnen schreitet in erwünschter Weise vor. Die Schäden des Krieges gehen mit Hilfe der Unterstützung, welche nach dem Gesetze vom 14. Juli 1871 aus Reichsmitteln gewährt werden darf, allmählig der Heilung entgegen. Die Grundlagen für die deutsche Verwaltung sind gelegt, die Reichsorgane sind geschaffen und die Universitäten in Straßburg soll am 1. Mai d. J. ins Leben treten. Für den außerordentlichen Aufwand, welchen die Einrichtung der damit zu verbindenden wissenschaftlichen Institute erheischt, wird auf die Hilfe des Reiches gerechnet werden dürfen. Eine Uebersicht der bisher erlassenen Gesetze und allgemeinen Anordnungen, sowie über den Gang der Verwaltung des Landes wird entsprechend der Vorchrift des Gesetzes vom 9. Juni v. J. Ihnen zugehen.

Sie werden, geehrte Herren, die Beschlüsse theilen, mit welcher verbündeten Regierung auf die Ergebnisse des ersten Jahres des neu gegründeten deutschen Reiches zurückzublicken und der ferneren staatlichen und nationalen Entwicklung unserer inneren Einrichtungen mit freudiger Zuversicht näher treten. Mit derselben Genugthuung werden Sie die Versicherung entgegennehmen, daß es der Politik Sr. Maj. des Kaisers und des Königs gelungen ist, bei allen auswärtigen Regierungen das Vertrauen zu erhalten und zu befestigen, daß die Macht, welche Deutschland durch seine Einigung zum Reiche gewonnen hat, nicht nur dem Vaterlande eine sichere Schutzwehr, sondern auch dem Frieden Europas eine feste Bürgschaft gewährt.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Pest, 9. April. Präsident Majláth eröffnet die heutige Sitzung des Oberhauses um 12<sup>1/2</sup> Uhr.

Schiffahrt: Zichy, Vatikpányi. Von Seite der Regierung anwesend: Graf Lönyay, Baron Wenzheim.

Präsident eröffnet sich für glücklich, auf Grund einer Mittheilung des Ministerpräsidenten erfahren zu können, daß vorgelesen die erstgeborene Tochter Ihrer Majestäten, Frau Erzherzogin Gisela, sich mit dem Prinzen Leopold von Baiern verlobt hat. Präsident ist überzeugt, daß diese frohe Botschaft in den Herzen aller Oberhausmitglieder die freudigsten Gefühle erweckt hat. Doch genügt nicht, diesen Gefühlen im Protokolle Ausdruck zu geben, das gesprochene Wort bringt besser zum Herzen. Darum beantragt er, die herzlichste und allerschönste Gratulation des Oberhauses durch eine Deputation an die Stufen des Thrones zu leiten. (Lebhafte Zustimmung des ganzen Oberhauses, welches die Anrede des Präsidenten stehend angehört hatte.)

Die Deputation, an deren Spitze auf Antrag des Baron Sennep der Präsident tritt, besteht aus folgenden Mitgliedern: Erzbischof Gaspard, Bischof Weiler, Graf Gyárfi, Baron Sennep, Graf Franz Zichy, Graf Georg Károlyi, Baron Gabriel Lönyay, Dergepán Stankoványi, Fürst Paul Esterházy, Anton Radvánszky, Graf Viktor Szantó, Graf Georg Festetics, Graf Anton Majláth, Graf Anton Szapáry, Graf Paul Széchenyi, Graf Leo Festetics, Graf Albert Apponyi.

Graf Georg Károlyi empfiehlt im Namen des ökonomischen Ausschusses die Liquidation des Gehaltes für den Redakteur des Diariums des Hauses, Hugo Wajda. Wird angenommen.

Präsident Somssich eröffnet die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr.

Auf den Ministerpräsidenten: Bittó, Liza, Lóth, Lönyay. Das Protokoll der jüngsten Sitzung wird aufgelesen.

Die Abgeordneten Josef Mabarás, Alexander Almásy, Thomas Póchy, Daniel Jánosi, Johann Widars, Ludwig Deák und Ladislaus Kovács überreichen Gesuche, welche der Petitionskommission zugewiesen werden.

Benedikt Szilvárgyuri argirt die Verantwortung seiner neulichen Interpellation in Betreff der Verwaltung der Studienhörschule „Gerechtheit“.

Moriz Kertalpoly interpellirt den Minister des Innern, ob er Kenntnis von der angeblichen Thatsache habe, daß die Administration des Zalaer Komitates von der Bevölkerung Reversalen in Betreff ihrer Anschließung an die Dárpártai verlangen und ob er beabsichtige, dieses Vorgehen der Beamten streng zu bestrafen?

Abol Erdövy interpellirt den Kommunikationsminister in Betreff der Arab-Seegebiner Bahn. Nachdem unter den zahlreichen Eisenbahnenlagen, welche der Minister im Hause eingebracht hat, eine auf diese Bahn bezügliche Vorlage nicht existirt, so fragt er, in welchem Stadium sich die Angelegenheit der Arab-Seegebiner Bahn befindet, und ob sie konfirmirt werden soll, nachdem Interpellant Kenntnis davon hat, daß mehrere Offerten im Ministerium vorliegen?

Kommunikationsminister Ludwig Liza antwortet, daß der Ausbau der Arab-Seegebiner Bahn gesichert und nur mehr eine Zeitfrage sei. Der Bau eines Flügels der Droszka-Mezöhegyer Bahn beruht eben auf der Voraussetzung des Bestehens der Arab-Seegebiner Bahn, welche ohne staatliche Befehl, bloß gegen Gewährung dreißigjähriger Steuerfreiheit wird realisiert werden können.

Abol Erdövy ist von der Antwort befriedigt, die vom Hause zur Kenntnis genommen wird.

Friedrich Garáanyi interpellirt den Kommunikationsminister, ob die Semlin-Pest-Wiener Bahn Rakocsa berühren werde, und wenn nicht, ob Sorge dafür getragen wird, daß diese, durch Industrie und Bevölkerungszahl gleichmäßig bedeutende Stadt mit dem Bahnnetz in Verbindung gebracht werde?

Kommunikationsminister Ludwig Liza erklärt, daß Studien vor- genommen werden, auf welche Weise Rakocsa eine Bahnverbindung erhalten könne.

Friedrich Garáanyi ist von der Antwort befriedigt, die vom Hause zur Kenntnis genommen wird.

Alexander Körmendy interpellirt den Finanzminister in Betreff eines Bürgers Namens Erdöly, von dem das Steueramt angeblich Steuern für einen Weingarten verlangt, den er gar nicht besitzt.

Alexander Körmendy interpellirt den Minister des Innern, ob er Kenntnis davon hat, daß eine ältere Verordnung, nach welcher im Somogyer Komitate die bei Kirchweihen, Märkten u. s. w. üblichen Volksversammlungen verboten sind, gegenwärtig dahin geändert wird, daß den Anhängern der Linken die Abhaltung von Wahlversammlungen verwehrt, jenen der Rechten aber gestattet wird?

Die Interpellationen werden den betreffenden Ministern zugeleitet.

Justizminister Stefan Wittó beantwortet die Interpellation, die Bobory in Betreff der siebenbürgischen Justizzustände an ihn gerichtet hat. In Siebenbürgen bestehen auch jetzt noch die Justizgesetze und Prozeßordnungen, die bis 1868 in diesem Landestheile rechtsgültig gewesen; der Reichstag selbst hat dies gesetzlich verfügt.

Es wäre für Siebenbürgen nicht vortheilhaft, wenn die gegenwärtigen ungarischen Justizgesetze auch auf diese Provinz ausgedehnt würden. Im Ministerium wird übrigens bekanntlich an einem Civil- und Kriminalcodex gearbeitet; wenn derselbe fertig der Legislative vorgelegt und zum Gesetze erhoben ist, dann wird er nicht bloß in Ungarn, sondern auch in Siebenbürgen eingeführt.

Auf eine Interpellation Adam Lázár's in Betreff einer Verordnung bezüglich der siebenbürgischen Richter, erklärt Redner, daß er von dem Bestehen einer solchen Verordnung keine Kenntnis habe.

Nach kurzen Bemerkungen Karl Bobory's und Adam Lázár's nimmt das Haus beide Antworten zur Kenntnis.

Referent Koloman Széll überreicht den Bericht des vereinigten Eisenbahn- und Finanzausschusses über die Gesetzentwürfe in Betreff der Raab-Obenburger Eisenbahn und der Obenburger-Preßburger und Lundenburger Bahn. Die Berichte werden in Druck gelegt und an die Sectionen gewiesen.

Paul Hoffmann erstattet den Bericht über die Thätigkeit des Zwölfersausschusses zur Untersuchung der juristischen Natur der vom Kultusminister verwalteten öffentlichen Fonds. Dieser Ausschuss hatte ein großes Material zu bewältigen, das an den verschiedensten Orten in zahlreichen Archiven aufgesucht werden mußte. Er theilte sich deshalb in drei Subkomitès, von denen das erste die Religions-, das zweite die Studien- und das dritte die übrigen Fonds subtrirte. Bloß das erste der drei Subkomitès hat seinen Bericht fertig gebracht.

Die beiden andern haben zahlreiche Daten gesammelt und zusammengestellt und überreichen dieselben in dieser Form dem Hause. Referent beantragt, das Haus möge sowohl den ausgearbeiteten Bericht des Subkomitès zur Untersuchung der juristischen Natur des Religionsfonds, als auch die Daten der beiden andern Subkomitès in Druck legen und vertheilen lassen, damit die Arbeiten des Ausschusses nicht vergeblich seien, sondern weiteren Kreisen bekannt werden, wodurch auch die Möglichkeit geboren ist, daß ein späterer Reichstag diese Arbeiten benütze.

Das Haus nimmt diesen Antrag an und beschließt die Drucklegung des Berichts sammt allen Beilagen.

Präsident (sich vom Sitze erhebend) Gedehre Abgeordnetenhaus! Die allerhöchste königliche Familie feiert ein Freudenfest, Ihre k. k. Hoheit die Frau Erzherzogin Gisela, die älteste Tochter unseres durchlauchtigsten Herrn und Königs, wurde vorgestern mit Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Leopold von Baiern verlobt. Dieses erfreuliche Familienereigniß bietet dem geehrten Hause Gelegenheit, seine Theilnahme an der Vaterfreude Sr. Majestät unserer Königs und an der Mutterfreude Ihrer Majestät der Königin kundzugeben.

Da ich nicht zweifle, daß das g. Haus diese Gelegenheit mit Freude ergreifen wird, so bin ich in diesem Glauben so frei, das g. Haus zu bitten, es wolle aus seiner Mitte eine Deputation entsenden, welche Deputation, bei Ihren Majestäten eine Audienz erbitend, die warme Theilnahme und den mit huldiger Verehrung gepaarten Glückwunsch des Abgeordnetenhauses ausdrücken soll. (Langanhaltendes, allgemeines, lebhaftes Gehen. Bloß Adam Lázár ruft „nein“, worauf sich Ganády zornig zu ihm umwendet und ihm unter heftiger Gesticulation dieses Benehmen verweist.)

Wünschen Sie, daß die Deputation im Wege der Auslösung konstituirter werde? (Rufe: der Präsident soll sie proponiren!) In diesem Falle wollen Sie gestatten, daß ich die Mitglieder der Deputation morgen dem g. Hause vorschlage. (Beifall.)

Das Haus geht nun zur Tagesordnung über und legt die Debatte über die Einleitung des Wahlgesetzentwurfes fest.

Sigmund Papp macht vor Allem persönliche Bemerkungen gegen einige Stellen der gestrigen Rede Dugès' und erklärt dann, daß er für den Text des Centralausschusses stimmt.

Paul Jámor und Johann Vajda plaidiren für das allgemeine Stimmrecht.

Nachdem Johann Vajda geendet, fragt der Präsident, ob das Haus wünsche, daß morgen die Motivierung der Anträge Liza's und Felcsy's auf die Tagesordnung gesetzt werde? Die Frage wird einstimmig bejaht, worauf der Präsident — um 1/2 Uhr — die Sitzung schließt. Nächste Sitzung: morgen Vormittags 10 Uhr.

Juland.

Hermannstadt, 11. April. Die Klausenburger Blätter („Kol. Röl.“ und „Magyar Volgar“) beschäftigen sich in ihrer gestrigen Nummer schon wieder mit dem Königsgesetz. Unser Standpunkt gegenüber den Aeußerungen der Klausenburger Kollegen ist wohl hinlänglich bekannt, wir reproduziren demnach für heute ohne jegliche Bemerkung oder Einbringung den Leitartikel des „Kol. Röl.“, dessen Ueberschrift: „Az ó-szászok új egyetemről álmadoznak“ (Die Alttsachen träumen von einer neuen Universität) im Vorhinein die Tendenz desselben kennzeichnet.

Unsere Alttsachen auf dem Königsboden — schreibt das genannte Blatt — können sich durchaus nicht mit der Idee befremden, daß ein neues Verwaltungssystem des „Königsbodens“ durch ein vom ungarischen Parlamente zu schaffendes Gesetz festgesetzt werden müsse; sie glauben, daß diebezüglich eine Ausnahme am Plage sein könne, und daß die Schaffung des betreffenden Gesetzes allein und ausschließlich das Recht, wie könnten sagen: Privilegium der ehemals sächsischen Universität des Königsbodens sei.

Der falsche Glaube ist insbesondere in politischen Angelegenheiten eine Art fixer Idee, von der man ohne rationale Kur nur schwer geheilt werden kann. Daher kommt es, daß die Alttsachen des Königsbodens seit einem ganzen Jahre darauf losagiren, es mögen die Municipals-Vertretungskörper beim Minister des Innern petitioniren, beim Parlamente anknöpfen — vielleicht bei der Krone — zu dem Zwecke, damit das Organisationsgesetz des Königsbodens einer neuen Universität anvertraut, beziehungsweise das dem Ministerium bereits vorliegende Universitäts-Operat nicht als Materiale für den Gesetzentwurf verwendet werde, dagegen die Alttsachen mit der Begründung und Durchführung des neuen Verwaltungssystems beiraubt werden sollen.

Von ihnen kann auch dieses Ansuchen Niemandem überraschen, wollen doch ihre Führer den Anfangern noch heute vorseigeln, die „incolyta (sächsisch) natio saxonica“ sei berechtigt unumittelbar mit

ber Krone  
coorbe  
auf par  
von diese  
bestimmen  
würden,  
des Königs  
nebenhand  
gelegenheit  
Action m  
i d h i i  
ne, hoffen  
Nacht um  
Universitäts  
aber die A  
Seitens u  
und das  
polternden  
werden ein  
kleinen un  
Die  
Parlament  
(jungschä  
lage nur e  
sehten auf  
solches G  
sächsischen  
hinan, da  
ungarische  
sich nicht  
ih nicht  
dem Zw  
Sie mehr  
parlament  
vertheilte,  
der sächs  
damit sein  
rüpelt, wie  
Nes ist sch  
selbst fange  
nicht, bam  
das neue V  
im ungaris  
einbart we  
sachsen sch  
terung mit  
Befestigung  
cratischen V  
Denk  
Nationales  
Ausschüsse  
berg zufolge  
als Abrah  
schönen. Zu  
Staaten ve  
Schweine,  
den Schatte  
Nach  
glauben,  
Zünftliche  
hinter dem  
wir, wie  
„Ich  
„Sieb. Wä  
das Comma  
eingetroffen  
Mor! Als  
Germannia  
Straßfloh  
(des Volkes  
Wahrung er  
soll erlösen  
Conrad Jer  
— Lóth  
mit Müll  
„Das  
zieht wader  
rungspartei  
den mit Ir  
— das ist  
leum, tot  
— Ihr fig  
Ihr „Ja!  
und seine U  
zu retten. U  
— Ham  
Schä  
Ich halte e  
über unse  
Wegen geh  
Hier  
fassung der  
Parteilich  
Da g  
Jungschä  
im Reichsta  
Vor  
Wahlpreise  
langen Zeit  
Am wenig  
Jahren lau  
dem ab un  
werden soll.  
so müße sic  
während es  
es müße die  
wählen, wä  
vielsachen  
Justiz und  
ationalität  
ger auf eine  
Die  
beralen Ne  
Gedankens  
dagegen zu  
Die  
sächsisch. Z

der Krone zu verkehren, mit dem ungarischen Parlamente wie mit einer koordinierten Körperschaft zu unterhandeln, mit Ungarn gleichsam auf paritätischer Grundlage zu pactieren.

Die Krone zu verkehren, mit dem ungarischen Parlamente wie mit einer koordinierten Körperschaft zu unterhandeln, mit Ungarn gleichsam auf paritätischer Grundlage zu pactieren.

Denjenigen Gegenstand, nämlich den Wunsch nach Einberufung einer neuen Nationalversammlung behandelt auch 'Magyar Polgar' in noch heftigeren Ausfällen gegen das 'Wochenblatt', dessen Anhänger — Herr Hammerberg zufolge — den Ritter von Schmerling als Messias betrachten und als Abraham, in dessen Schoß sie sich im Namen des heiligen Zedachah schmecken.

Nachdem die Alljachsen so zuvoorkommen bedient worden, sollte man glauben, 'Magyar Polgar' werde nun das Füllhorn seiner Gnade und Zärtlichkeit über die Jungjachsen ausschütten, um in diesem Punkte hinter dem 'Kol. Közl.' nicht zurückzubleiben.

Das Organ befindet sich daher ernstlich am Glöckchen und zieht wacker daran; hierher unsere Streuen; hierher zur Regierungspartei; hier wird die Camerachasse feil gegeben; man quält Niemanden mit Prinzipien, Ueberzeugung, — bloß Zweckmäßigkeit und Comfort — das ist unter Feldgeschrei.

Schäßburg, 10. April. (Politische Stimmung.) [Dr. G.] Ich halte es für gut, daß wir paar sächsischen Gemeinden und zuweilen über unser politisches Leben unterrichten, auch wenn es nicht in hohen Wogen geht.

Vor allem billigt man nicht, daß die Regierung die Reichstags-Wahlperioden von 3 auf 5 Jahre verlängern will, weil sich in einer so langen Zeit der Deputirte leicht vom Boden des Volkes loslösen könne.

Die Krone zu verkehren, mit dem ungarischen Parlamente wie mit einer koordinierten Körperschaft zu unterhandeln, mit Ungarn gleichsam auf paritätischer Grundlage zu pactieren.

gationen, welche die Regierungspartei erfunden hat, ein viel größerer Witz auf den Parlamentarismus? In dieser Richtung haben sich die beiden jetzigen Parteien Nichts vorzuwerfen.

Die meisten Wägen aber hat sich die Regierung dadurch gegeben, daß sie das unliebsame Gesetz nicht zurückzog, als sie erkannte, daß sie es nicht durchbringen könne.

Da die Regierung ihren Gesetzentwurf nicht zurückziehen wollte, erstärkte sich die Linke bereit, neben den gewöhnlichen Sitzungen noch Parallelsitzungen zu halten, in denen wirtschaftliche Gesetze beraten werden sollten.

Der Regierung scheint nicht viel daran zu liegen, daß die Streuzettel für Reichstagsdebatten verbannt werden, in denen Nichts beschlossen wird, und daß dringliche Gesetzentwürfe indessen liegen bleiben.

Ich habe im Vorstehenden in der Form eigener Ansicht nur die Auffassung wieder gegeben, welche alle Kreise, die sich hier für das politische Leben interessieren, in dieser einzelnen Frage theilen.

Wir aber wollen aus der Papse in ein festeres Geleise kommen; wir — soll ich die Jungjachsen wirklich ausnehmen? — wir wollen einfach eine freisinnige und verständige Gesetzgebung, weil wir von freisinnigen und verständigen Gesetzen den Aufschwung unseres Bürger- und Bauernstandes erwarten; wir sind Freunde aller Nationalitäten, die uns unsere Freiheit nicht krümmen wollen; in Sonderheit sind wir freilich Deutsche, ungarische Deutsche, aber Deutsche, nicht zu magyarisirende Deutsche.

Der Aufenthalt und das Reiseprogramm des Hofes haben eine große Abänderung erlitten. Der Hof geht nicht nach Odessa, sondern schon den 18. April nach Schabrunn, wo der Frühlingaufenthalt genommen wird.

Die Oppositionsblätter jubeln darüber, daß Konop durch die gestrigen Lageverhältnisse der äußersten Linken verhindert war, die En-bloc-Akklamation des Hauptabgeordneten zu beantragen; heute soll dies in geschlossener Sitzung geschehen.

Gestern und heute waren keine Abenddebatten, damit die Ausschüsse die Eisenbahngesetze erledigen können. Von dem künftigen Reichstage weiß man, daß die Wahlen am 2. und 3. Juli stattfinden und der Zusammentritt im Anfang August erfolgt.

Ausland.

Berlin, 8. April. Die Nichterwählung des Preßgesetzes in der Thronrede bestimmte in Abgeordnetenzentren. Die liberale Reichspartei will demnach auf den früheren Antrag Volt's wegen Erlass eines Preßgesetzes zurückkommen.

Der Cultusminister Fall empfing kürzlich eine Deputation der Clerikalarbeiter. Er sagte ihnen lebhafteste Bemühungen für die Verbesserung ihrer Stellung zu.

Paris, 9. April. Oesterreich fand nach dem Diner im Elisee ein glänzender Empfang bei dem Präsidenten statt. Es erschienen etwa 500 Personen; das diplomatische Corps war fast vollständig vertreten.

Arhen, 8. April. Der Jahrestag der Unabhängigkeit Oesterreichs wurde feierlich begangen. Vor der Universitätsfeier trat das Standbild des Patriarchen Gregor im Beisein des Königs und der Königin und des Großherzogs von Medlenburg ein.

In Angelegenheit unserer Bahnanstalt.

Hermannstadt, 10. April. Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse, welche am 29. v. M. bezüglich der Anstaltspunkte der moldauisch-ungarischen Bahnen an die österreichisch-ungarischen in der Vnturetsch-Kammer stattgefunden haben, schreibt das 'Sebenbürgisch-Deutsche Wochenblatt': Der Gang dieser Debatten, über welche wir Näheres in einem ausgedehnten Bericht der 'Kronstädter Zeitung' gefunden haben, nöthigt uns wäplich Alles, nur keinen hohen Begriff von der Sachlichkeit und Leidenschaftlichkeit dieses Landes-Vertretungskörpers zu haben.

Vor allem ist uns der innere Grund für die Ueberstürzung dieser Frage gänzlich unentdeckt geblieben, und die schwerwiegendsten, sachlichen Gründe für eine Vertagung der Frage wurden — tout comme chez nous — niedergelassen.

Die beschriebene stehende Berzeher-Commission hatte die Anstaltspunkte bei Jyztani (Roman-Jyztani-Suczawa), Orsova und Vulfan beantragt. Siezu kamen noch Anträge, welche den Anschluß bei Bodzau, bei Djos und beim Rothenthurm befürworteten. Doch fehlte es auch an Stimmen nicht, welche sagten, daß eine Verhandlung über die Anstaltspunkte in so lange ein Unbegreif sei, als die erforderlichen technischen Vorberathungen nicht stattgefunden hätten.

griffen jedoch nicht durch. Es wurde von ministerieller Seite darauf hingewiesen, daß Oesterreich-Ungarn bereits seit lange auf die Erklärungen der wallachischen Regierung warte und daß es also der Ansicht schon erfordere, daß man in diese Sache eingehe, u. s. w.

So kam diese Frage zur Abstimmung und es wurde mit 49 gegen 36 Stimmen beschlossen: die dortige Regierung werde beauftragt mit der österreichischen Regierung eine Convention bezüglich der Eisenbahnanstaltspunkte bei Djos, Jyztani, Beretseova und Vulfan abzuschließen.

Dieß das Thatsächliche der Verhandlungen, welche mit einer Heftigkeit erreichten, die lebhaft an ganz naheliegende Parlamentsszenen erinnern. Dem Kriegeminister erging es übel dabei. Als von den strategischen Gründen gesprochen wurde, welche für die verschiedenen Anstaltspunkte geltend zu machen sind, mußte er sich es gefallen lassen, daß der Abgeordnete M. Goloniceanu ihn feig, ob er (der Kriegeminister) je mit Bezug auf die Eisenbahnanstaltspunkte und auch sonst strategische Studien gemacht habe?

In Allgemeinen ist nicht zu verkennen, daß die wallachische Regierung und Kammermajorität fast für die Bahnanstaltspunkte bei Orsova und Vulfan einsteht, während sie mit Djos der ungarischen das Entgegenkommen zu bieten scheint.

Demerkenswerth ist noch, daß der Justizminister Costasoru, welcher für das Commissionsgutachten plaidirte, die Behauptung aussprach: es gebe keine andern Anstaltspunkte als Djos, Bodzau, Orsova und Vulfan, — der Rothenthurm, der mindestens so günstig ist, wie jeder der aufgezählten, ist dem Herrn Justizminister völlig unbekannt.

Nunmehr kommen die Verhandlungen über die verschiedenen Eisenbahnanstaltspunkte vor das kaiserliche Abgeordnetenhause. Steht da dem Rothenthurm nicht das Schicksal bevor, wie in der Bukarester Kammer, wenn die dabei Interessirten es unterlassen, die nöthigen Informationen zu geben, über die Höhe des schon bestehenden, über die große Entwicklungsfähigkeit des zukünftigen Handelsverkehrs die nöthigen Aufklärungen am rechten Orte anzubringen und über die technischen Verhältnisse dieses Anstaltspunktes die so höchst dringenden Klärung zu ertheilen?

Unter altem sächsischen Recht ist wohl eben so gut und sicher, wie der einrige Ausbau eines Schienenweges in der natürlichen Thalerweiterung des Anstaltspunktes — und doch, wie man sich rühren, um demselben auch zur Anerkennung zu verhelfen, — sollte die Lebensfrage einer baldigen Führung der Eisenbahn durch den Rothenthurm in die Wallachei nicht auch der Aufmerksamkeit der Besen unter uns werth und würdig sein?

Noch sei schließlich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß vereint es Bitten auch in Sachen der von Kronstadt und Hermannstadt angestrebten Bahnanstaltspunkte einzig und allein zum Ziele führt. Und Günstigkeit läßt sich bei gutem Willen leicht erzielen, wenn, wie hier, die beiderseitigen Interessen sich nicht bekämpfen.

Die Eisenbahn-Linie Karlsruhe-Mediach, welche schon beinahe ganz ausgehauet ist, wird, wie verlautet, im Monate Mai eröffnet und dem Verkehr übergeben werden.

Fokal- und Tagesnachrichten.

Die Eisenbahn-Linie Karlsruhe-Mediach, welche schon beinahe ganz ausgehauet ist, wird, wie verlautet, im Monate Mai eröffnet und dem Verkehr übergeben werden.

Der siebenbürgische Landwirtschaftliche Verein ist vom Vereins-Präsidenten Baron Alexander H u s a r zu diesemjährigen Generalversammlung auf den 27. I. M. nach Klausenburg einberufen worden.

Das Wahlbewegung. Der im Jahre 1869 eingetragte 24er Ausschuß der Deputirten des Maroser Stuhles hielt am 4. I. M. in Klausenburg eine Versammlung, welche, alle Mitglieder der Partei zu einer großen Versammlung einzuberufen, um auf derselben über die weiteren Schritte Beschlüsse zu fassen.

Das Neun-Comité der Linken in Siebenbürgen, dessen Präses Ladislaus Ljha, Schriftführer Franz Waleff ist, hat die Hauptversammlung der siebenbürgischen Parteianhänger auf den 12. Mai I. J. nach Klausenburg einberufen.

Programm

- für die Sonnabend den 13. April 5 Uhr Nachmittags abzuhaltende Communitäts-Sitzung. 1. Feststellung der zu Geschwornen für das preßgerichtliche Verfahren geeigneten Individuen. 2. Ministerialerlaß: über die Reorganisation der k. k. Artillerie und der Landwehr. 3. Anfrage der Lokalkommission für die Ermittlung der Lokalkredit für die stabile Verrentung des k. k. Militärs. 4. Erwiderung der k. ung. Finanzbehörde, betreffend den zum Bau eines Finanz-Centralgebäudes gewidmeten sächsischen Baugrund. 5. Antrag des löbl. Magistrats wegen Gehaltsaufbesserung für den Stadthauptmann. 6. Remuneration für die Bunnennmeister. 7. Abfertigung für den Waldbegeher Simionian. 8. Verrechnung des sächsischen Rechtsanwalts. 9. Aufstellung einer Laterne beim ex. Waisenhause. 10. Ergebnis der Citation über die Verpachtung der Fußren für sächsische Zwed. 11. Verlegung des öffentlichen Schlachthauses und Erwerbung eines hierzu geeigneten Grundes. 12. Anerbieten einiger Private wegen Erbauung eines neuen allgemeinen Schlachthauses. Hermannstadt, 11. April 1872.

Telegr. Wiener Cours vom 11. April 1872.

Table with 3 columns: Item, Price, Item. Includes entries like 5% Metalliques, 63.45, Ungar. Grundbesitzungsoel, 81.50, etc.

